

Beschluss der Vollversammlung des Diözesanrates Eichstätt am 21.09.2019

Die Zukunft der Arbeit und der Rente gestalten

Der Diözesanrat der Katholiken des Bistums Eichstätt setzt sich für eine Altersversorgung ein, die zu einem Leben in Würde reicht. Wir machen uns dafür stark, eine relative Armut im Alter zu verhindern.

Gut ist: das Thema Rente rückt immer stärker in den Mittelpunkt der gesellschaftlichen Diskussionen. Schlecht ist: Das Rentenniveau aller Erwerbstätigen wird weiter sinken. Die Renten vieler Menschen reichen schon jetzt nicht mehr aus, um im Alter ein Leben in Würde führen zu können.

Eine reiche und an sozialen Werten orientierte Gesellschaft und Politik darf es nicht länger zulassen, dass Menschen im Alter in Armut geraten. Armut hat nicht nur eine ethische Dimension: sie führt auch zu ausfallendem Konsum, erhöhten Krankheitskosten und einer kürzeren Lebenserwartung.

Niedriglöhne, Arbeitslosigkeit, Deregulierungen auf dem Arbeitsmarkt und unsichere Beschäftigungsverhältnisse führen zu Armut im Alter. Frauen sind davon besonders häufig betroffen. Trotz der eingeführten Haltelinie gegen das weitere Absinken des Rentenniveaus wird die Schere zwischen der allgemeinen Einkommensentwicklung und dem Rentenniveau weiter auseinandergehen. Darüber vermögen auch die jüngsten Leistungsverbesserungen (Mütterrente II, Erwerbsminderungsrente, Rente mit 63) nicht hinwegzutäuschen.

Das abgesenkte Rentenniveau sowie viele weitere Verschlechterungen in der gesetzlichen Rentenversicherung bedrohen die Lebenssituation fast der Hälfte aller zukünftigen Rentnerinnen und Rentner. Ein Wechsel in der Rentenpolitik ist dringend geboten. Die über 130 Jahre alte Rentenversicherung ist eine der größten Errungenschaften und eine große Erfolgsgeschichte. Ihr Ruf hat durch die Leistungskürzungen der letzten Jahre gelitten. Die gesellschaftliche Akzeptanz der gesetzlichen Rentenversicherung schwindet, wenn sie nicht mehr vor Armut schützt und den Lebensstandard nicht mehr sichert. Sie zu erhalten und zu sichern ist unsere Aufgabe. Wir fordern eine Anhebung des Netto-Rentenniveaus, damit die materielle Sicherheit gewährleistet ist.

Die betriebliche Altersversorgung als zweite Säule erreicht leider nur einen Teil der Beschäftigten – im Moment 59,5 Prozent - und ist je nach Branche und Unternehmensgröße sehr unterschiedlich. Die Stärkung des Betriebsrentengesetzes ist deshalb eine wichtige Aufgabe. Wir fordern eine betriebliche Altersversorgung für alle Beschäftigten.

Die private Altersvorsorge sollte als dritte Säule die Kürzungen ausgleichen. Sie hat die Erwartungen bisher nicht erfüllt. Im Gegensatz zur gesetzlichen Rente ist sie höheren Risiken ausgesetzt. Unter anderem führen Niedrigzinsen, Währungsrisiken oder negative Marktentwicklungen zu Wertverlusten.

Gerade auch deswegen brauchen wir dringend einen Kurswechsel in der Rentenpolitik.

Seit Jahren wird vor der Gefahr der wachsenden Altersarmut gewarnt, die nicht nur eine Ausgrenzung der Betroffenen, sondern auch eine Bedrohung der heute noch Beschäftigten ist.

Die Belastungsfaktoren für das Rentensystem nehmen zu:

- Immer mehr Beschäftigte werden durch zunehmende prekäre Arbeitsverhältnisse weniger Rentenanwartschaften erwerben.
- Miet- und Lebenshaltungskosten steigen weiter.
- Es gibt immer mehr Rentnerinnen und Rentner und immer weniger Erwerbstätige.

Wir fordern daher eine Stärkung der gesetzlichen Rente durch

- eine solidarische steuerfinanzierte Sockelrente für alle nach dem Cappuccinomodell der katholischen Verbände,
- einen weiteren Ausbau der Anrechnung von Kindererziehungs- und Pflegezeiten auf bis zu sechs Entgeltpunkte pro Kind bzw. pro Pflegejahr
- einen Ausgleich des Nachhaltigkeitsfaktors durch direkte Staatszuschüsse in die Rentenversicherung,
- einen Ausbau der Pflegeversicherung aufgrund steigender Pflegekosten, die überwiegend Personen im Rentenalter treffen

Wenn der Sozialstaat versagt, drohen nicht nur gesellschaftliche Konflikte, sondern auch eine grundsätzliche Legitimationskrise unserer Demokratie. Die Vorzeichen sind bereits jetzt erkennbar.

Wir fordern deshalb alle verantwortlichen politischen Akteure auf, sich diesen Problemfeldern und Herausforderungen zu stellen.

Wir setzen uns dafür ein, dass die gesetzliche Rente gestärkt und armutsfest gemacht wird.